

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Christiane Schneider, Tim Golke,
Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Heike Sudmann,
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/11193

Betr.: Hebammentätigkeiten umfassend schützen und ausbauen – eine bessere Versorgung von Schwangeren, Müttern und Babys gewährleisten

Der Beruf Hebamme ist in seiner Existenz akut bedroht: Da Hebammen verpflichtet sind, sich ausreichend gegen Schadensersatzansprüche zu versichern, können sie aufgrund der bald fehlenden Haftpflichtversicherung ihrer Tätigkeit ab Sommer 2015 nicht mehr nachgehen. Ursache ist, dass der letzte Versicherer, der noch eine Berufshaftpflicht für Hebammen anbietet, diese aus seinem Portfolio streicht.

Eine Bundesratsinitiative soll jetzt den Bundesgesundheitsminister dazu bewegen, eine berufssichernde Lösung zu finden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe ist hierzu auf Bundesebene eingesetzt worden, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Der Senat soll zudem mit der Drs. 20/11193 aufgefordert werden, kurzfristige Maßnahmen zu prüfen, um die Berufsausübung von freiberuflichen Hebammen zu gewährleisten.

Diese und noch weitere Schritte sind jetzt erforderlich, um die Versorgung von Schwangeren, Wöchnerinnen und Neugeborenen umgehend zu verbessern. Diese befindet sich bereits jetzt in einer eklatanten Mangelsituation. So gibt der Senat in der Drs. 20/11203 bekannt, dass die Stillquote bei Neugeborenen nur 63 Prozent beträgt. Danach fällt sie weiter rapide ab. Dabei gilt es als optimaler Start ins Leben, wenn Babys in den ersten sechs Lebensmonaten voll gestillt werden. Es sollte daher alles daran gesetzt werden, die Quoten zu erhöhen. Jedoch gibt es derzeit nur vier Hamburger Krankenhäuser, die sich als „babyfreundliches Krankenhaus“ nach WHO-Empfehlungen haben zertifizieren lassen. Zudem wurde die Zielpatenschaft Stillförderung von Hamburger Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung (HAG) und Behörde nicht mehr fortgesetzt. Diese hatte Fachveranstaltungen initiiert und 2009 eine Broschüre „Stillempfehlungen“ herausgegeben – die aber nicht mehr nachgedruckt wurde.

Weiterhin ist es dringend erforderlich, die jetzigen Ausbildungsbedingungen der Hebammen zu hinterfragen. Aufgrund der hohen fachlichen Anforderungen sollte bereits in der Grundausbildung ein Bachelor erworben werden können. Außerdem gibt es zu wenige Ausbildungsplätze, nur 20 Hebammen werden jährlich ausgebildet. Die Unterversorgung verschärft sich dadurch. Bereits jetzt gibt es in Billstedt, Rothenburgsort, Horn und Wilhelmsburg keine oder zu wenige Hebammen. Auch in Stadtteilen wie Eppendorf oder Winterhude klagen Wöchnerinnen dass sie keine Hebamme mehr bekommen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

- 1) Die Bürgerschaft unterstützt die Hebammen bei ihrem Engagement, ihren Beruf zu retten, um die Versorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen abzusichern und zu verbessern.

Der Senat wird aufgefordert:

- 2) Sich mit allen Kräften für eine Absicherung der Hebammentätigkeit auf Bundesebene einzusetzen;
- 3) alle Hamburger Krankenhäuser, in denen Kinder geboren werden, aufzufordern, sich nach den WHO-Empfehlungen als babyfreundliches Krankenhaus zertifizieren zu lassen;
- 4) die Zielpatenschaft Stillförderung wieder zu initiieren sowie die Broschüre „Stillempfehlungen“ neu aufzulegen;
- 5) sich mit dem Träger der Hebammenausbildung sowie Vertreterinnen der Hebammen zusammensetzen mit dem Ziel, die Hebammenausbildung auf neue Grundlagen zu stellen und dabei auch die vorübergehende Erhöhung des Ausbildungsplatzangebotes zu erwägen.
- 5) Der Bürgerschaft bis zum 1. Juni 2014 zu berichten.